

## **Human immunomodulation and initial HIV spread.**

*Anhand der Datenbasis von SOFIS und SOLIS wird eine Beschreibung der Migrationsforschung vorgenommen. Hierbei zeigt sich, dass die Anteile der Migrationsforschung an allen erfassten sozialwissenschaftlichen Forschungsvorhaben und Veröffentlichungen beachtlich sind. Im Berichtszeitraum von 1999 bis 2008 sind 2.516 Forschungsvorhaben erfasst, was einem Anteil von 5,4% an SOFIS entspricht. Für denselben Zeitraum sind 9.220 Veröffentlichungen nachgewiesen, was einem Anteil von 6,5% an SOLIS ausmacht. Die Forschungsinformationen enthalten 4.565 und die Literaturinformationen 8.430 Namen von Wissenschaftlern. Jeweils etwa 8% bzw. 7% der Wissenschaftler forschten bzw. publizierten zu migrationswissenschaftlichen Themen. Mit Migrationsforschung befasst waren 1.449 Forschungsinstitute. Das ist nahezu ein Drittel der von der GESIS laufend kontaktierten Einrichtungen. 14% der Forschungsvorhaben (425) konzentrieren sich auf 24 Institute. Das sind 2% aller an der Migrationsforschung beteiligten Institute. Projekte werden eher selten in Kooperation mit anderen Forschungseinrichtungen durchgeführt, auch wenn auf personeller Ebene durchaus häufiger in Zusammenarbeit geforscht wird. Der Zehnjahresverlauf beider Informationsquellen weist eine Zunahme von etwa 60% der nachgewiesenen Forschungs- und Literaturdokumente auf. Eine Differenzierung nach einzelnen Themen zeigt, dass sich die Themen Sozialisation und Bildung verdreifacht haben - was ganz offensichtlich im Zusammenhang mit der gewachsenen Bedeutung von Integrationspolitik steht. Das Thema Migrationsverhalten (bzw. Migrationsformen) hat sich verdoppelt, was auf die anhaltende Bedeutung von Migrationspolitik bzw. der Steuerung von Zuwanderung hinweist. Dies gilt auch für sozioökonomische Fragestellungen mit den Schwerpunkten soziale Sicherung, Arbeitsmarkt und Beschäftigungsbedingungen. (ICF)*

### **1. Einleitung**

Bereits seit den 1980er Jahren problematisieren sozialwissenschaftliche Geschlechter-forscherinnen und Gleichstellungspolitikern Teilzeitarbeit als hoch ambivalente Strategie für Frauen zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf: Kritisiert werden mangelnde Existenzsicherung, fehlendes Prestige und die geschlechterhierarchisierende vertikale und horizontale Arbeitsmarktsegregation (Jurczyk/ Kudera 1991; Kurz-Scherf 1993, 1995; Floßmann/Hauder 1998; Altendorfer 1999; Tálos 1999). In wohlfahrtsstaatlichen Arbeiten wird kritisch hervorgehoben, dass Ideologie und Praxis von Teilzeitarbeit, die als „Zuverdienst“ von Ehefrauen und Müttern zum männlichen Familieneinkommen konstruiert werden, das *male-breadwinner*-Modell (Sainsbury 1999) selbst dann noch stützen, wenn dieses angesichts hoher struktureller Erwerbslosigkeit und der Flexibilisierung der Arbeitsverhältnisse bereits erodiert ist. Als frauenpolitisch intendiertes Instrument wird schließlich Teilzeitarbeit als verkürzte „Bedürfnisinterpretation“ (Fraser 1994) identifiziert: Die Arbeitszeitreduktion von Frauen wird als

Vereinbarung von Familie und Beruf, nicht aber von Familie und Karriere gedacht und realisiert.

Aus der Sicht von PolitikerInnen, Führungskräften und SozialwissenschaftlerInnen verlangen hochqualifizierte Funktionen und leitende Positionen, d.h. Arbeitsplätze, die mit Macht, Geld und gesellschaftlichem Ansehen ausgestattet sind, ungeteilten Einsatz, Anwesenheit und Loyalität. Leitbilder von Führung enthalten die Prämisse der „Rund-um-die-Uhr-Verfügbarkeit“ im Sinne eines weit über die Normalarbeitszeit hinausgehenden zeitlichen Engagements (Burla et al. 1994; Kieser et al. 1995).

Demgegenüber gibt es aber empirische Evidenzen dafür, dass Leitungsfunktionen im Rahmen verkürzter Arbeitszeit wahrgenommen werden können. Ein Beispiel sind öffentlich Bedienstete, die in Österreich zur Ausübung eines politischen Demgegenüber gibt es aber empirische Evidenzen dafür, dass Leitungsfunktionen im Rahmen verkürzter Arbeitszeit wahrgenommen werden können. Ein Beispiel sind öffentlich Bedienstete, die in Österreich zur Ausübung eines politischen Man2010s (Nationalrat, Bundesrat, Landtag) ihre Arbeitszeit reduzieren und ihre berufliche Tätigkeit, selbst in leitenden Positionen, weiter ausüben.